



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule und Kultur  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Elke Kessel

Wiesbaden, 01.03.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule und Kultur  
am Donnerstag, 08. März 2012, um 17:00 Uhr,  
Landesmuseum Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 2,  
65185 Wiesbaden,  
Cafeteria

Hinweis: Für Mitglieder des Ausschusses besteht ab 16 Uhr die Möglichkeit, an einer Führung durch das Landesmuseum mit Herrn Direktor Dr. Klar teilzunehmen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung 26.01.2012
2. Vorstellung der Aktivitäten des Landesmuseums durch Herrn Direktor Dr. Alexander Klar
3. Vorstellung des Festivals go east durch die künstlerische Leiterin Frau Gaby Babic

**4. 12-F-33-0028**

Inklusion in Wiesbaden

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 28.02.2012-

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wurde 2009 für Deutschland verbindlich. Diese Konvention fordert, den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern zur Regel zu machen. Schulische Bildung soll „inklusiv“ gestaltet werden und wo immer es möglich ist, sollen Behinderte die Regelschulen besuchen. Schon seit einiger Zeit versucht die Landeshauptstadt Wiesbaden oben genannte Forderungen im Zuge eines Modellvorhabens umzusetzen und damit eine landesweite Vorreiterrolle einzunehmen.

Mehreren Zeitungsberichten der vergangenen Woche zufolge hat die Hessische Kultusministerin nun erfreulicherweise zugesagt, Landesmittel für inklusive Bildung in der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung zu stellen und Wiesbaden zu einer „Modellregion Inklusion“ zu machen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob dazu mittlerweile eine schriftliche Bestätigung aus dem Kultusministerium vorliegt.
- wie weit die Vorbereitungen für die „Modellregion Inklusion“ bereits gediehen sind und inwiefern die Planungen für das Wiesbadener Modellvorhaben „Erweiterung des Gemeinsamen Unterrichts mit dem Ziel der Umsetzung des freien Elternwahlrechts“ dabei genutzt werden können.

**5. 12-V-05-0001**

**DL 05/12-4**

Modellvorhaben " Erweiterung des Gemeinsamen Unterrichts mit dem Ziel der Umsetzung des freien Elternwahlrechts"

**6. 12-F-03-0027**

PRIORITÄTENLISTE

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2012-

Seit der schriftlichen Ankündigung vom März 2010 durch das Schuldezernat und dem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung im Februar 2011, dass eine Prioritätenliste für zukünftige Schulbauinvestitionen für die Gremien erstellt werden soll, wird die Vorlage dieser Liste und die Erläuterung ihrer Entstehungskriterien in jeder Sitzung dieses Ausschuss gefordert - bis jetzt ohne Erfolg.

Der Ausschuss möge beschließen:

dass das Schuldezernat die Prioritätenliste zur Schulsanierung mit Erläuterung der dazugehörigen Entscheidungskriterien, nach denen diese Liste erstellt wurde, umgehend vorstellt, damit sich die Gremien rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen eine Meinung darüber bilden können.

## 7. 12-F-08-0022

Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 29.02.2012-

Am 17. Februar 2011 hat die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Antrag „Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen in der Landeshauptstadt Wiesbaden“ beschlossen (Beschluss Nr.0121).

Der Magistrat wurde damals beauftragt,

- (1) ein integriertes Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium für den Schulbau und die Schulsanierungen zu entwickeln.
- (2) zunächst einen neutralen Gebäudezustandsbericht für alle Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen.
- (3) eine Schulbauprioritätenliste zu erstellen. Die Prioritätenliste soll objektivierbare Kriterien beinhalten, die zwischen dringend bzw. kurz-, mittel- und langfristig zu veranlassenden Maßnahmen unterscheiden.
- (4) die schulpolitischen Aussagen des Schulentwicklungsplanes in der Prioritätenliste zu berücksichtigen.

Bis zur heutigen Sitzung wurde dieser Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nicht erledigt trotz wiederholter Anmahnungen und (nicht eingehaltener) Zusagen der Dezernentin. Der Ausschuss für Schule und Kultur beschäftigte sich mit diesem unerledigten Auftrag u. a. in seiner Sitzung am 1. Dezember 2011 aufgrund eines Antrages, der dann mehrheitlich „durch Aussprache und die Zusage von Frau Stadträtin Scholz, schnellstmöglich die geforderten Informationen zur Verfügung zu stellen, erledigt“ wurde. Seitdem sind weitere 3 Monate verstrichen.

Frau Stadträtin Roselore Scholz hat es immer wieder abgelehnt einen konkreten Termin anzugeben, bis wann der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung endlich erledigt wird. Es wurde von ihr allerdings mehrfach zugesichert, dass die Prioritätenliste „rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen“ vorliege.

Obwohl die Haushaltsanmeldungen der Fachämter bereits im ersten Halbjahr 2011 und die Anmeldungen der Ortsbeiräte in der Jahresmitte 2011 erfolgten und die Beratungen eines konkreten Haushaltsplanentwurfes im Magistrat und in den Fraktionen bereits seit Wochen stattfinden, liegen weder das „integrierte Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium“ noch die von der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2011 beschlossene Prioritätenliste bis heute vor.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich für die Erledigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 2011 (Beschluss Nr. 0121) zu sorgen, damit eine sachgerechte Beratung des Haushaltsplanentwurfes für die Jahre 2012/2013 erfolgen kann.

**8. 12-F-03-0029**

**BETRIEBSERLAUBNIS CARL-VON-OSSIETZKY-SCHULE**

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2012-

Wie wir aus der Zeitung erfahren haben, wird als erster Schritt gerade vom Schuldezernat eine Vorlage für die Bereitstellung der Kosten in Höhe von ca. 300.000 € für die Installation einer Brandmeldeanlage als zeitlich begrenzte Akutmaßnahme erarbeitet.

In einem zweiten Schritt sollen die Flucht- und Rettungswege sichergestellt werden.

Der Magistrat möge berichten:

1. Wann wird diese Vorlage in den Magistrat gegeben?
2. Wie erklärt sich die in der Presse bekannt gegebene Jahreszahl 2015 als Ende der Betriebserlaubnis?

**9. 12-F-03-0028**

**CARL-VON-OSSIETZKY-SCHULE**

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2012-

Im Jahr 2007 wurde ein umfangreiches Gutachten über den Gebäudezustand der Carl-von-Ossietzky-Schule durch ein Wiesbadener Architekturbüro erstellt. Dieses Gutachten beinhaltet auch ein Sanierungskonzept sowie Finanzierungsvorschläge. Außerdem eine Kostenschätzung für Sanierung und Neubau, die sich von denen in der Presse genannten Summen wesentlich unterscheidet.

Anfang 2008 wurde dieses Gutachten der damaligen Schulleitung und dem Lehrerkollegium vorgestellt.

Bereits da hätte noch Geld für Sanierungs-/ Neubaumaßnahmen in den Haushalt 2008/2009 gestellt werden können. Spätestens im Haushalt 2010/2011 hätte Geld dafür eingestellt werden müssen. Und auch für den neuen Haushalt 2012/2013 scheinen bis jetzt keine Haushaltsmittel für die Carl-von-Ossietzky-Schule vorgesehen zu sein.

Der Magistrat möge berichten:

1. Warum in den vergangenen und den neuen Haushalt kein Geld für die Carl-von-Ossietzky-Schule eingestellt wurde?
2. Welche Konsequenzen aus dem Gutachten von 2007 gezogen werden?
3. An welcher Stelle der Prioritätenliste die Carl-von-Ossietzky-Schule steht?
4. Woher sich die großen Differenzen in den Summen der Kostenschätzungen für Sanierung/Neubau ergeben (Gutachten: ca. 10 Mio./14 Mio.; Presseberichte ca. 19 Mio. /20 Mio.)?

## 10. 12-F-08-0024

Erhalt aller Oberstufengymnasien

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 29.02.2012-

Der Tagespresse war am 13.2.2012 zu entnehmen, dass dem Schuldezernat bereits (spätestens) seit 2007 bekannt sei, dass es beim Gebäude der Carl-von-Ossietzky-Schule gravierende Mängel hinsichtlich des Brandschutzes gebe und Anfang 2010 „Gefahr im Verzug“ ermittelt worden sei. Mit dem Einbau einer Brandmeldeanlage sei es möglich zu verhindern, dass das Gebäude vor 2015 geschlossen werden müsse.

Da bislang keine Erklärungen seitens des Magistrats vorliegen, ob die für einen Neubau der Schule notwendigen Mittel in die Haushaltspläne für die kommenden Jahre aufgenommen werden sollen, sind dringend Beschlüsse erforderlich, die die Zukunft der Carl-von-Ossietzky-Schule sichern.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Ausschuss für Schule und Kultur hält die Existenz aller Oberstufengymnasien in der Landeshauptstadt Wiesbaden - auch der Carl-von-Ossietzky-Schule - auch über das Jahr 2015 hinaus für erforderlich.

Der Magistrat wird aufgefordert die Stadtverordneten über den Gebäudezustand der Carl-von-Ossietzky-Schule unverzüglich umfassend zu informieren, die finanziellen Mittel für die erforderlichen kurzfristigen Maßnahmen zur Verhinderung einer Schließung der Schule bereit zu stellen und die für einen Neubau erforderlichen Mittel in die Haushaltsplanung aufzunehmen.

## 11. 12-F-08-0018

Schulsozialarbeit bei allen Schulen einführen!

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 29.02.2012-

Die Landeshauptstadt Wiesbaden war mit der Einführung von Schulsozialarbeit vor rund drei Jahrzehnten Vorreiterin. Mittlerweile ist die Notwendigkeit des Ausbaus von Schulsozialarbeit fachwissenschaftlich und schulpolitisch unumstritten.

Neben den Betreuenden Grundschulen, den Hauptschulen und Gesamtschulen sind allerdings in der Landeshauptstadt Wiesbaden in den anderen Schulformen (Förderschulen, Realschulen, Gymnasien) bislang nur erste oder keine Ansätze vorhanden.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- wie viele Stellen („Vollzeitäquivalente“) für Schulsozialarbeit es an den einzelnen Schulen in städtischer Schulträgerschaft (jeweils) gibt.
- wie viele Stellen erforderlich sind, um alle Förderschulen (insbesondere die drei Förderschulen für Lernhilfe) ausreichend mit Schulsozialarbeit auszustatten.
- wie viele Stellen erforderlich sind, um die Realschulen und die Gymnasien (jeweils) mit Schulsozialarbeit auszustatten.
- welche finanziellen Mittel im städtischen Haushalt 2012/2013 für den erforderlichen Ausbau (jeweils) zusätzlich einzustellen sind (Personal- und Sachmittel).

## 12. 12-F-08-0019

Maßnahmen im Hinblick auf Bedrohungs- und Gefährdungslagen an Schulen  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 29.02.2012-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche Konsequenzen er für den Schulträger Landeshauptstadt Wiesbaden nach Auswertung der mittlerweile vorliegenden Erfahrungen mit Bedrohungs- und Gefährdungslagen an Schulen zieht.

Welche personellen Maßnahmen und Vorkehrungen, auch bauliche Maßnahmen, sind geplant?

Welche besonderen finanziellen Mittel sind hierfür zum Doppelhaushalt 2012/2013 bei welchen Haushaltsstellen vorgesehen?

## 13. 12-F-03-0030

SCHULGRUNDSTÜCKSVERKAUF  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2012-

Wie der Presse in den letzten Wochen zu entnehmen war, sind nicht alle Schulgemeinden mit einem Teilverkauf ihrer Schulgrundstücke einverstanden.

Der Magistrat möge berichten,

wie bei Teilverkäufen von Schulgrundstücken nachgewiesen wird, dass Ortsbeirat und die Schulkonferenz als Organ der Schulgemeinde sowie, falls vorhanden, Fördervereine mit einem Verkauf einverstanden sind.

Der Ausschuss möge beschließen:

Das Dezernat wird gebeten, das Einverständnis der betroffenen Schulgemeinden und der Ortsbeiräte über den Verkauf von Teilen ihrer Schulgrundstücke, mit dem alleinigen Ziel durch den Erlös Schulen in Wiesbaden zu sanieren, schriftlich zu dokumentieren.

## 14. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. **12-V-40-0004** DL 05/12-7  
Jahresabschluss 2010 - Deckung von Mehrausgaben
  
2. **12-V-40-0006** DL 05/12-8  
Schulkommission - Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner
  
3. **12-V-40-0010** DL 05/12-9  
Vorabfreigabe von investiven Haushaltsmitteln - Verbesserung der Fachraumausstattung in beruflichen Schulen -
  
4. **12-V-41-0004** DL 06/12-13  
Troncmittel Kultur 2011 Teil 2, 2012 Teil 1
  
5. **11-V-12-0010** DL 06/12-1  
Vorschläge für die Bewerbung Wiesbadens als Weltkulturerbe
  
6. **11-V-41-0039** DL 06/12-1 NÖ  
Erbbaurechtsvertrag Kulturzentrum Schlachthof

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Nehrbaß**  
Vorsitzender